

Landeshauptstadt Magdeburg - Der Oberbürgermeister -		Drucksache DS0431/06	Datum 28.09.2006
Dezernat: II	FB 02	Öffentlichkeitsstatus öffentlich	

Beratungsfolge	Sitzung Tag	Behandlung	Zuständigkeit
Der Oberbürgermeister	10.10.2006	nicht öffentlich	Genehmigung (OB)
Finanz- und Grundstücksausschuss	08.11.2006	öffentlich	Beratung
Stadtrat	07.12.2006	öffentlich	Beschlussfassung

Beteiligungen	Beteiligung des	Ja	Nein
	RPA		x
	KFP		x
	BFP		x

Kurztitel

Jahresabschluss 2005 der AQB Gemeinnützige Gesellschaft für Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung mbH (AQB)

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat nimmt den von der WIBERA Wirtschaftsberatung AG, geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2005 der AQB zur Kenntnis.
2. Die Gesellschaftervertreter werden angewiesen:
 - den Jahresabschluss 2005 mit einer Bilanzsumme von 4.463.395,66 EUR und einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 124.468,74 EUR festzustellen,
 - den Jahresfehlbetrag in Höhe von 124.468,74 EUR mit den von der Landeshauptstadt Magdeburg geleisteten Zuschüssen in Höhe von 1.651.100,00 EUR zu verrechnen,
 - die Rückführung der nicht verrechneten Zuschüsse der Landeshauptstadt Magdeburg in Höhe von 1.526.631,26 EUR an den städtischen Haushalt zu beschließen,
 - der Geschäftsführerin, Frau Ursula Fahtz, sowie dem Verwaltungsrat für das Geschäftsjahr 2005 Entlastung zu erteilen,
 - die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte & Touche GmbH zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2006 zu bestellen.

Pflichtaufgaben	freiwillige Aufgaben	Maßnahmenbeginn/ Jahr	finanzielle Auswirkungen			
			JA		NEIN	X

Gesamtkosten/Gesamtein- nahmen der Maßnahmen	jährliche Folgekosten/ Folgekosten/ Herstellungskosten)	Finanzierung Eigenanteil (i.d.R. = Kreditbedarf)	Objektbezogene Einnahmen (Zuschüsse/ Fördermittel, Beiträge)	Jahr der Kassenwirk- samkeit
	keine			
Euro	Euro	Euro	Euro	

Haushalt				Verpflichtungs- ermächtigung				Finanzplan / Invest. Programm			
veranschlagt:	Bedarf:			veranschlagt:	Bedarf:			veranschlagt:	Bedarf:		
Mehreinn.:				Mehreinn.:				Mehreinn.:			
				Jahr		Euro		Jahr		Euro	
davon Verwaltungs- haushalt im Jahr	mit	Euro		davon Vermögens- haushalt im Jahr	mit	Euro					
Haushaltsstellen				Haushaltsstellen							
				Prioritäten-Nr.:							

federführendes/r Amt/FB	Sachbearbeiter Herr Koch	Unterschrift AL/FBL Herr Zimmermann
----------------------------	-----------------------------	--

verantwortlicher Beigeordneter	Unterschrift Herr Czogalla	
-----------------------------------	----------------------------	--

Begründung:

Dem Jahresabschluss der AQB Gemeinnützige Gesellschaft für Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung mbH (AQB) wurde für das Geschäftsjahr 2005 von der WIBERA Wirtschaftsberatung AG, Niederlassung Magdeburg, ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt.

Die Prüfung gemäß § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz zur Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführungsorganisation, des Geschäftsführungs-Instrumentariums und der Geschäftsführertätigkeit ergab keine wesentlichen Beanstandungen.

Die Anzahl der in der AQB Beschäftigten nahm im Jahresdurchschnitt (gegenüber 2004) stark zu, durchschnittlich waren 2005, einschließlich Fachkräfteprogramm, 1.498 MitarbeiterInnen in der Gesellschaft beschäftigt. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung um 614 MitarbeiterInnen.

Das Geschäftsjahr 2005 schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 124.468,74 EUR ab.

Die AQB ist eine ABS-Gesellschaft mit 100 %iger städtischer Beteiligung.

Grundsätzliche Feststellungen des Abschlussprüfers

In der Stellungnahme des Abschlussprüfers zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter werden nachfolgende Aussagen getroffen:

„Die Geschäftsführerin geht einleitend auf die Arbeitsmarktpolitik und deren Auswirkung auf den **Geschäftsverlauf** der AQB ein. Dabei weist sie darauf hin, dass sich die bereits in 2004 begonnenen Änderungen durch die Gesetze für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt auch im Geschäftsjahr 2005 stark auswirken. So sollen insbesondere Arbeitslosengeld II Empfänger gefördert und gefordert werden. Durch diese Änderungen sei in wesentlichen Handlungsfeldern eine strategische Neuausrichtung notwendig.

Anschließend gibt die Geschäftsführerin einen Einblick in das neue Programm der Arbeitsgelegenheiten in der „Entgeltvariante“ (EGV), bei dem sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse bis zu einer Dauer von jeweils 11 Monaten eingerichtet werden. Im Folgenden wird mit den Mehraufwandsentschädigungs-Maßnahmen eine weitere neue Variante dargestellt, die durch die Finanzierung der Overheadkosten, eines Sachkostenanteils sowie einer Mehraufwandsentschädigung von 1,28 EUR pro Arbeitsstunde charakterisiert ist.

In den weiteren Ausführungen wird auf die **Ertragslage** der Gesellschaft eingegangen. So führt die Geschäftsführerin aus, dass einem Volumen von 1.651 Tsd. EUR zur Verfügung gestellten Mitteln lediglich eine Inanspruchnahme von 124 Tsd. EUR gegenüber steht.

Unter den Stichworten **Finanzlage** sowie **Vermögenslage** wird in ausreichendem Umfang auf die für die Gesellschaft im Geschäftsjahr wesentlichen Entwicklungen eingegangen.

Weiterhin berichtet die Geschäftsführerin im **Nachtragsbericht** von der Verjährung einer Rechtsstreitigkeit, die für das Periodenergebnis von nicht unwesentlicher Bedeutung ist, sowie von künftigen Notwendigkeiten zur Sicherung des Leistungsspektrums der Gesellschaft.

Im Risikobericht wird im Wesentlichen über die mit den neuen Varianten verbundenen Risiken sowie liquiditätsseitige Restriktionen berichtet.

Mit dem **Prognosebericht** gibt die Geschäftsführerin einen Überblick über die künftig zu erwartenden Chancen und Risiken für die Gesellschaft. Es wird insbesondere darauf hingewiesen, dass eine Beschäftigtenzahl von durchschnittlich 1.200 Mitarbeitern nötig ist, um die fixen Verwaltungskosten der Gesellschaft aufbringen zu können.

Stellungnahme des Abschlussprüfers:

Die Beurteilung der Lage der Gesellschaft, insbesondere die Beurteilung des Fortbestandes und der wesentlichen Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung des Unternehmens, ist plausibel und folgerichtig abgeleitet. Nach dem Ergebnis unserer Prüfung und den dabei gewonnenen Erkenntnissen ist die Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreterin dem Umfang nach angemessen und inhaltlich zutreffend. Unsere Prüfung hat keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass der Fortbestand der Gesellschaft gefährdet wäre, unter der Voraussetzung, dass die Gesellschafterin die Jahresfehlbeträge der Gesellschaft auch weiterhin ausgleicht.“

Analyse des Jahresabschlusses 2005 im Vergleich zum Vorjahr1. Gewinn- und Verlustrechnung

Die Position Sonstige betriebliche Erträge verminderte sich gegenüber dem Vorjahr (13.558,9 Tsd. EUR) um 192,0 Tsd. EUR auf 13.366,9 Tsd. EUR. Hierbei handelt es sich um:

	2005 (Tsd. EUR)	2004 (Tsd. EUR)
- Erträge aus vereinnahmten Fördermitteln	11.649,5	12.861,5
- Periodenfremde Erträge	698,5	8,2
- Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	630,8	27,7
- Erträge NAM	95,6	134,3
- Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse	79,0	89,0
- Erträge Möbel-Hausrat-Service (Wertstoffhof)	67,2	324,8
- Erträge Altmöbel (Wertstoffhof)	38,4	22,6
- Erträge Schrott, Suppentafel, Secondhandshop	51,4	37,7
- Zuschüsse Dritter	15,7	28,5
- Erträge aus Versicherungserstattungen	10,5	9,0
- Private Pkw-Nutzung	7,4	7,4
- Spenden	3,9	2,9
- Übrige Erträge	19,0	5,3

Der Materialaufwand erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr (811,0 Tsd. EUR) um 378,0 Tsd. EUR auf 1.189,0 Tsd. EUR. Die Erhöhung betrifft insbesondere Aufwendungen für Roh- und Hilfsstoffe.

Die Personalaufwendungen verminderten sich gegenüber dem Vorjahr (13.500,2 Tsd. EUR) um 3.411,3 Tsd. EUR auf 10.088,9 Tsd. EUR.

Die Abschreibungen in der Gewinn- und Verlustrechnung verminderten sich gegenüber dem Vorjahr (135,2 Tsd. EUR) um 32,8 Tsd. EUR auf 102,4 Tsd. EUR.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 2.131,2 Tsd. EUR erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr (787,8 Tsd. EUR) um 1.343,4 Tsd. EUR. Die Erhöhung steht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem erstmaligen Ausweis der Mehraufwandsentschädigungen aus MAE-Maßnahmen (1.137,7 Tsd. EUR). Daneben werden im Einzelnen Aufwendungen für Zuführung Rückstellungen (189,4 Tsd. EUR), Mieten (187,9 Tsd. EUR), Fahrzeugaufwendungen (185,1 Tsd. EUR), Reparaturen, Wartung und Instandhaltung (110,8 Tsd. EUR), Fortbildung (73,7 Tsd. EUR), Versicherungen, Beiträge und Gebühren (37,7 Tsd. EUR), Bürobedarf (31,4 Tsd. EUR), Buchführungs- und Lohnrechnungskosten (31,4 Tsd. EUR), Raumkosten (27,3 Tsd. EUR), Beratungs- und Prüfungskosten (24,0 Tsd. EUR), Suppenküche und second hand (21,0 Tsd. EUR) und sonstige Aufwendungen (73,8 Tsd. EUR) ausgewiesen.

Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge wurden 2005 in Höhe von 33,5 Tsd. EUR erzielt (Vorjahr 26,8 Tsd. EUR).

EUR).

Zinsen und ähnliche Aufwendungen werden in Höhe von 9,6 Tsd. EUR (Vorjahr 54,3 Tsd. EUR) ausgewiesen.

Die Position Sonstige Steuern in Höhe von 3,8 Tsd. EUR (Vorjahr 8,1 Tsd. EUR) beinhaltet ausschließlich Kraftfahrzeugsteuer.

2. Bilanz

Aktiva

Die Bilanzposition „Immaterielle Vermögensgegenstände“ weist in 2005 keine Zugänge aus. Nach Absetzung der Abschreibungen für das Geschäftsjahr verbleibt ein Restbuchwert in Höhe von 1,0 Tsd. EUR.

In der Bilanzposition „Sachanlagevermögen“ wurden, wie schon in Vorjahren, die Zuschüsse zu den Anschaffungskosten für Investitionen über (netto) 410 EUR nicht direkt von den Anschaffungskosten gekürzt, sondern als Passivposten (Sonderposten aus Investitionszuschüssen) in der Bilanz erfasst. Dadurch ergibt sich, dass in der Position Sachanlagevermögen die vollen Anschaffungskosten ausgewiesen werden. Diese werden dann planmäßig um die entsprechenden Abschreibungen gekürzt. In gleicher Höhe wird der passive Bilanzposten erfolgswirksam aufgelöst.

Im Geschäftsjahr investierte die Gesellschaft in Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens 71,3 Tsd. EUR. Die Investitionen betreffen dabei im Einzelnen einen LKW Mercedes (21,5 Tsd. EUR), einen Transporter VW T4 (8,7 Tsd. EUR), geringwertige Wirtschaftsgüter unter 410,00 EUR (5,0 Tsd. EUR) sowie sonstige Sachanlagengüter (36,1 Tsd. EUR).

„Vorräte“ werden in Höhe von 8,1 Tsd. EUR (Vorjahr 10,9 Tsd. EUR) ausgewiesen und betrifft den Bestand an Heizöl (7,3 Tsd. EUR) und Möbeln des Möbel-Hausrat-Service (0,8 Tsd. EUR).

Die Position „Forderungen aus Lieferungen und Leistungen“ in Höhe von 4,3 Tsd. EUR (Vorjahr 52,1 Tsd. EUR) beinhaltet im Wesentlichen Ansprüche gegenüber dem Sozial- und Wohnungsamt der Landeshauptstadt Magdeburg für im Berichtsjahr gegen Anforderungsscheine ausgelieferte Möbel und Haushaltsgegenstände.

Die Bilanzposition „Sonstige Vermögensgegenstände“ erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr (293,5 Tsd. EUR) um 601,4 Tsd. EUR auf 894,9 Tsd. EUR. Neben den Forderungen aus Zuschüssen gegenüber der Bundesagentur für Arbeit und der ARGE aus Zuschüssen (773,3 Tsd. EUR) sowie gegenüber der Landeshauptstadt Magdeburg aus laufenden Maßnahmen und Schlussbescheiden (91,8 Tsd. EUR) werden eine ganze Reihe kleinerer Forderungen ausgewiesen (29,8 Tsd. EUR).

Die Position „Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten“ erhöhte sich zum 31.12.2005 im Vergleich zum Vorjahresstichtag (3.021,5 Tsd. EUR) um 206,7 Tsd. EUR auf 3.228,2 Tsd. EUR.

Der aktive „Rechnungsabgrenzungsposten“ wird im Berichtsjahr in Höhe von 10,9 Tsd. EUR (Vorjahr 1,8 Tsd. EUR) ausgewiesen.

Passiva

Die unter dem Eigenkapital ausgewiesene Bilanzposition „Zum Verlustausgleich erhaltene Einzahlungen des Gesellschafters“ stellt sich unter Berücksichtigung des Stadtratsbeschlusses vom 12.01.2006 und dem entsprechenden Gesellschafterbeschluss vom 21.02.2006 zum Jahresabschluss 31.12.2004 wie folgt dar:

Stand am 01.01.2005

3.656.027,38 EUR

abzüglich	
- Verrechnung Jahresfehlbetrag 2003	1.945.286,89 EUR
zuzüglich	
- in 2005 geleistete Vorauszahlungen auf den Jahresfehlbetrag 2005	1.651.100,00 EUR
abzüglich	
- Umbuchung der Differenz aus Jahresabschluss 2005 und den erhaltenen Einzahlungen zum Verlustausgleich 2005 in die Bilanzposition „Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter“	<u>1.526.631,26 EUR</u>
Stand am 31.12.2005	<u>1.835.209,23 EUR</u>

Die Bilanzposition „Sonderposten für Investitionszuschüsse“ in Höhe von 298,4 Tsd. EUR (Vorjahr 326,5 Tsd. EUR) beinhaltet die erhaltenen Sachkostenzuschüsse für Vermögensgegenstände über (netto) 410 EUR Anschaffungskosten. Diese Zuschüsse werden entsprechend der Nutzungsdauer und als Gegenposten zu den Abschreibungen bzw. den erfolgten Anlagenabgängen ertragswirksam aufgelöst. Unter Berücksichtigung der Zugänge, Abschreibungen und Anlagenabgänge ergibt sich folgende Entwicklung:

Stand am 01.01.2005	326.484,50 EUR
Zuführung in 2005	50.917,51 EUR
planmäßige Abschreibungen und Auflösung durch Anlagenabgänge	<u>79.015,51 EUR</u>
Stand am 31.12.2005	<u>298.386,50 EUR</u>

Die „Sonstigen Rückstellungen“ weisen im Berichtsjahr eine Verminderung gegenüber dem Vorjahr (1.164,5 Tsd. EUR) um 389,1 Tsd. EUR auf 775,4 Tsd. EUR aus. Im Berichtsjahr erfolgte wegen Verjährung die Auflösung der in Vorjahren ausgewiesenen Rückstellung „Zinsen Maßnahme Radwegebau 1994“ (Ausweis zum 31.12.2004 in Höhe von 450,0 Tsd. EUR). Im Einzelnen werden zum 31.12.2005 Rückstellungen aus Maßnahmenabrechnungen (401,7 Tsd. EUR), Urlaubsverpflichtungen (170,9 Tsd. EUR), Archivierungskosten (103,5 Tsd. EUR), Abschluss- und Prüfungskosten (57,5 Tsd. EUR), ausstehenden Rechnungen (20,7 Tsd. EUR), unterlassene Instandhaltung (14,1 Tsd. EUR) sowie sonstige Rückstellungen (7,0 Tsd. EUR) ausgewiesen.

„Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen“ werden in Höhe von 120,2 Tsd. EUR ausgewiesen. Dies ist gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung um 102,4 Tsd. EUR.

Die Bilanzposition „Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter“ entwickelte sich im Berichtsjahr wie folgt:

Stand am 01.01.2005	242.400,06 EUR
abzüglich erfolgte Rückzahlung an die Stadt im Berichtsjahr (für 2003) gemäß SR-Beschluss vom 13.01.2005	50.683,03 EUR
zuzüglich nicht verrechenbare Zuschüsse im Berichtsjahr	<u>1.526.631,26 EUR</u>
Stand am 31.12.2005	<u>1.718.348,29 EUR</u>

Die Bilanzposition „Sonstige Verbindlichkeiten“ verminderte sich gegenüber dem Vorjahr (1.764,5 Tsd. EUR) um 239,1 Tsd. EUR auf 1.525,4 Tsd. EUR. Im Berichtsjahr erfolgte wegen Verjährung die Auflösung der in Vorjahren ausgewiesenen Verbindlichkeit „Maßnahme Radwegebau 1994“ (Ausweis zum 31.12.2004 in Höhe von 697,3 Tsd. EUR). Zum Bilanzstichtag beinhaltet diese Position Löhne und Gehälter (773,1 Tsd. EUR), Sozialversicherungsbeiträge (362,5 Tsd. EUR), Verbindlichkeiten aus erhaltenen Zuschüssen in Höhe von 219,2 Tsd. EUR und sonstige Verbindlichkeiten (170,6 Tsd. EUR).

3. Zusammenfassung

Der geprüfte Jahresabschluss 2005 wurde in der Verwaltungsratssitzung am 20.09.2006 zustimmend zur Kenntnis genommen.

Der Verwaltungsrat empfiehlt der Gesellschafterversammlung, den Jahresabschluss festzustellen, den Jahresfehlbetrag in Höhe von 124.468,74 EUR mit den als Vorauszahlungen gewährten Liquiditätshilfen der Landeshauptstadt Magdeburg zu verrechnen und die nicht verrechneten Zuschüsse des Gesellschafters in Höhe von 1.526.631,26 EUR an den städtischen Haushalt zurückzuführen. Weiterhin empfiehlt der Verwaltungsrat dem Gesellschafter, die Geschäftsführung und den Verwaltungsrat der AQB für das Geschäftsjahr 2005 zu entlasten und die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte & Touche GmbH zum Abschlussprüfer für das Jahr 2006 zu bestellen.

Der Fachbereich Finanzservice/Beteiligungsverwaltung schließt sich den Empfehlungen des Verwaltungsrates an.

Das Prüfungsergebnis 2005 einschließlich des Bestätigungsvermerkes, die Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Lagebericht sind als Anlage beigefügt. Des Weiteren ist ein Auszug aus dem vorl. Beschlussprotokoll der Verwaltungsratssitzung vom 20.09.2006 beigefügt. Der Prüfbericht kann nach Absprache in der Beteiligungsverwaltung des Fachbereiches Finanzservice eingesehen werden.

Anlagen

Zusammenfassung des Prüfberichtes mit Bestätigungsvermerk

Bilanz und Gewinn- u. Verlustrechnung

Lagebericht

Auszug a. d. vorl. Beschlussprotokoll d. Verwaltungsratssitzung vom 20.09.2006